



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 27.10.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 3. November 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<p>HINWEIS: Es wird empfohlen, während der gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.</p>
--

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 15.09.2021

2. 19-F-21-0003

ANLAGEN

Mittel zum Spracherwerb für Zugewanderte verstetigen und ausbauen

- *Vorstellung der drei Säulen des kommunalen Sprachförderprogramms durch das Dezernat VI -*
- *Beschlüsse des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie vom 30.01.2019 (BP 0022) und 28.10.2020 (BP 0125) -*

3. 21-J-42-0024

ANLAGE

Bezahlung der Ausbildung zum Sozialassistenten

- *Antrag von Adrian Kämpfer vom 20.10.2021 -*
- *Beschluss des Jugendparlaments vom 26.10.2021 (BP 0107) -*

4. 21-F-69-0007

Behinderten die Teilhabe am öffentlichen Leben wieder ermöglichen

- *Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 27.10.2021 -*

Menschen mit Behinderung zu integrieren und ihnen Partizipation am Alltag zu ermöglichen, muss ein Steckenpferd einer inklusiven Gesellschaft sein. Die Landeshauptstadt Wiesbaden und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) sind hierfür eine Kooperation eingegangen. Es wird ein Fahrdienst angeboten, der Menschen mit Behinderung nicht nur zum Arbeitsplatz oder in die Schule fährt, sondern eben auch in die Innenstadt oder zum Kinobesuch.

Leider werden in letzter Zeit die Stimmen von Betroffenen lauter, die berichten, dass das Fahrdienstangebot derart verringert wurde, dass es vielen Menschen nicht mehr möglich ist am öffentlichen Leben teilzunehmen. Eine Fahrt zum Arbeitsplatz oder in die Schule ist gewährleistet - mehr aber auch nicht. Es stellt sich die Frage, was hierfür die Gründe sind und wie dieser Missstand behoben werden kann, um allen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten:

1. zu prüfen und berichten:
 - a. wie genau stellt sich der aktuelle Sachstand hierzu dar?
 - b. im Falle einer Reduzierung des Angebots: warum bietet der Behindertenfahrdienst nicht mehr alle Leistungen an, die vor der Coronakrise angeboten wurden?
 - c. wie viele Menschen sind hiervon betroffen?
2. Wege aufzuzeigen, wie die betroffenen Menschen wieder wie bisher am öffentlichen Leben teilhaben können.
3. die Finanzierung des Fahrdienstes zu sichern und das DRK bei Bedarf dabei zu unterstützen, ihn wieder auf Vor-Corona-Niveau zu etablieren.

5. 21-F-55-0042

Verbot von Strom- und Gassperren bei der ESWE Versorgung
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 27.10.2021 -

Die unverantwortliche Politik der forcierten Privatisierung des Energiesektors und der Übertragung der Kosten der Energiewende auf die Endkund*innen, haben in den letzten Jahren zu einer ausufernden Steigerung der Energiekosten und einer zunehmenden Zahl an Strom- und Gassperren geführt. Die hiermit einhergehende Einstellung der Grundversorgung mit Energie, stellt für die Betroffenen einen tiefgreifenden Einschnitt in ihre Lebensführung und eine Gefährdung der Gesundheit dar, die sich in den Wintermonaten nochmals verstärkt.

Hierbei ist zu beachten, dass insbesondere Menschen mit geringem Einkommen von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise betroffen sind und sich viele der bestehenden Zahlungsrückstände direkt auf diese zurückführen lassen.

Ein reiches Land wie die Bundesrepublik Deutschland und eine Kommune wie die Landeshauptstadt Wiesbaden, sollten nicht zulassen, dass Menschen den mit einer Energiesperre verbundenen, schwerwiegenden Folgen ausgesetzt werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Gesellschafterbeschluss zu fassen, bzw. herbeizuführen, der darauf hin wirkt, dass die ESWE Versorgung generell keine Strom- und Gassperren in Wohngebäuden durchführt.

6. 21-F-55-0043

Aufnahmestopp in der Kindertagesstätte „Krippe Kastel“
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 27.10.2021 -

Bereits jetzt ist es für werdende oder frische Eltern ein großes Problem einen Krippen Platz für die Kinder zu finden. Der Mangel wird mit dem „Gute-Kita Gesetz“ zwar nach und nach verringert, jedoch werden die Fortschrotte auch von der Realität oft zunichte gemacht.

Der AWO Kreisverband Wiesbaden e.v. hat im Schreiben vom 15.10.2021 mitgeteilt, dass wegen des bevorstehenden Umzugs und der Unklarheit des Verbleibs in einem noch zu findenden Gebäude, ab Sommer 2022 keine Kinder in Krippengruppen mehr aufgenommen werden. Das führt natürlich, vor allem in Kastel, wo es ohnehin schon zu wenige Krippenplätze gibt, zu einer Verschärfung der Notlage der Eltern und Kinder.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

- 1 Gibt es bereits Liegenschaften die in Zukunft die Kindertagesstätte beherbergen werden?
- 2 Falls nicht, ist die SEG beauftragt neue Liegenschaften zu suchen?
- 3 Wann kann grundsätzlich damit gerechnet werden, dass wieder Kinder angemeldet werden können?
- 4 An welcher KiTa können Kinder aus dem Einzugsbereich alternativ aufgenommen werden, ggfs. bis eine dauerhafte Lösung gefunden wird.
- 5 Wie können die städtischen Gremien darauf Einfluss nehmen, dass keine Reduzierung des Angebots an KiTa-Plätzen erfolgt und insofern auch Planungen für die künftige Nutzung des Grundstücks ggfs. auch zurückgestellt werden? Hat die Stadt mit dem Grundstückseigentümer und Investor Vereinbarungen getroffen?
- 6 Wurde der zuständige Ortsbeirat entsprechend beteiligt wie dies durch die HGO und die Beteiligungsrichtlinien geboten ist?

7. 21-F-64-0005

Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 27.10.2021 -

Durch die Schließung der Kindertagesstätten während des Lockdowns waren die Eltern mit ihren Familien und alle Mitarbeiter*innen in den Kitas stark belastet. Ein wesentlicher Punkt im Umgang mit der Pandemie war die Kommunikation zwischen Land, Trägern, Kitas und Eltern. Hier haben sich Defizite gezeigt, die auch darauf zurückzuführen sind, dass eine einheitliche Stimme der Elternschaft gegenüber Trägern und Land gefehlt hat. Lediglich der Städtelternbeirat der städtischen Kindertagesstätten Wiesbaden (SEB KT) hat die Position der Eltern in der Pandemie gegenüber der Landesregierung vertreten, konnte aber nicht für alle Eltern sprechen. Dies war schon vor der Pandemie ein Problem, wurde aber im Zuge der Ausnahmesituation nochmals deutlich, da es für die Verwaltung trotz aller Bemühungen schwierig war, alle Elternbeiräte gleichermaßen zu erreichen.

In Kommunen mit Gesamtelternbeiräten gestaltet sich dies einfacher. Um die Bündelung und Kommunikation aller Elterninteressen in Wiesbaden trägerübergreifend sicherzustellen, soll für Wiesbaden ein Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten eingerichtet werden, welcher die Belange aller Eltern von Kitakindern nach außen vertritt und somit auch die Kommunikation mit einer Stimme gegenüber dem Land Hessen und den Vertretern von Stadt und Verwaltung als örtlichem Träger der Jugendhilfe dauerhaft sicherstellt. Die Verwaltung kann von diesem Vorhaben im Sinne des Ziels der einheitlichen Qualitätsstandards ebenfalls profitieren, da der Stadt als dem örtlichen Träger der Jugendhilfe und Garanteträger der Wiesbadener Kinderbetreuung mit der Einrichtung eines solchen Gremiums eine trägerübergreifende Interessenvertretung der Wiesbadener Elternschaft als weiterer Dialogpartner für alle Fragen der Kinderbetreuung in Wiesbaden zur Verfügung steht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt:

in Zusammenarbeit mit den Elternvertretern der verschiedenen Einrichtungen einen nach demokratischen Prinzipien organisierten Gesamtelternbeirat aller Träger von Kindertageseinrichtungen in Wiesbaden einzurichten und diesem ein kleines Budget zur Deckung von möglichen Sachkosten (z.B. Raumkosten, Veranstaltungskosten usw.) zur Verfügung zu stellen.

8. 21-F-55-0037

ANLAGE

Behindertensportbudget einführen und dauerhaft auf gleichem Niveau halten

- *Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke* -

- *Beschluss des Ausschusses für Ehrenamt, Bürgerbeteiligung und Sport vom 16.09.2021 (BP 0072)* -

9. 21-A-79-0002

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 21-V-06-0008

DL 40/21-6

Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2022 im Bereich Dez. VI

2. 21-V-33-0004

DL 41/21-6

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben

3. 21-V-51-0003 DL 13/21-8, ANLAGE

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Grundsatzvorlage zur Errichtung einer Kindertagesstätte in der Hellmundstraße 13-15
- Bericht des Dezernates VI vom 24.06.2021 -

4. 21-V-51-0014 DL 40/21-10

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Grundsatzvorlage EVIM Kita Rheingaustraße 112 in Biebrich

5. 21-V-51-0038 DL 41/21-8

Entwicklung einer Wiesbadener Freizeitkarte

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 02.11.2021 -

6. 21-V-51-0049 DL 40/21-11

Sanierung des Daches und des Außengeländes der städtischen Kindertagesstätte Heerstraße in Wiesbaden-Nordenstadt, Zuführung von Überschüssen aus Landesförderung zum KT-Ausbaubudget

7. 21-V-51-0050 DL 40/21-12

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Schaffung von 20 Betreuungsplätzen in Trägerschaft des Vereins Bunte Kitas e. V., Änderung des Projektes von Investition zu Instandhaltung

8. 21-V-51-0056 DL 40/21-13

Freigabe der Mittel Handlungsprogramm Jugend 2022

9. 21-V-61-0029 DL 40/21-14

Bezahlbaren Wohnraum schaffen - Konkretisierung und Ergänzung zu Beschluss Nr. 0220 vom 20.05.2021

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am 3. November 2021

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender